



ACE Auto Club Europa e.V. | Märkisches Ufer 28 | 10179 Berlin  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Referat I.A.2 / A11  
z.Hd. Frau Mirjam Hufschmidt  
Postfach 10 11 43  
40002 Düsseldorf  
Per E-Mail: [anhoerung@landtag.nrw.de](mailto:anhoerung@landtag.nrw.de)  
Stichwort: „A11 – Straßenbau.NRW“

ACE Auto Club Europa e.V.  
Verkehrspolitik

Märkisches Ufer 28  
10179 Berlin

Telefon: 030 278 725 11  
E-Mail: [verkehrspolitik@ace.de](mailto:verkehrspolitik@ace.de)  
Internet: [www.ace.de](http://www.ace.de)

06.12.2023

## **Schriftliche Stellungnahme des ACE Auto Club Europa:**

### **Gute Arbeit braucht ausreichende personelle Ausstattung: Die Landesregierung muss den Landesbetrieb Straßenbau NRW personell stärken Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/5853**

Der ACE Auto Club Europa e.V. bedankt sich für die Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme. Die Forderungen des o.g. Antrages unterstützt der ACE ausdrücklich. Als eine der größten Infrastrukturbetreiber in Deutschland ist der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen verantwortlich für mehr als 15.000 Kilometer Bundes- und Landesstraßen. Um seinen Aufgaben in Planung, Bau, Instandhaltung und Betrieb gerecht zu werden, ist eine ausreichende Personalausstattung zwingend erforderlich. Täglich müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ganz Nordrhein-Westfalen daran arbeiten, das Streckennetz noch leistungsfähiger zu machen. Diese Aufgabe ist drängender als je zuvor, denn Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das bevölkerungsreichste, sondern gleichzeitig auch das verkehrsreichste Bundesland. Der Wirtschafts- und Ballungsraum erfordert eine leistungsfähige und effiziente Verkehrsinfrastruktur. Wirtschaftswachstum geht mit Mobilitätswachstum einher – für den ACE Auto Club Europa sozial verträglich und umweltverträglich. Mobilität ist daher ein Schlüsselthema für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

#### **Sanierung maroder Infrastruktur benötigt ausreichend Personal**

Die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist an vielen Stellen sanierungsbedürftig. Brücken, Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen sind teilweise stark beschädigt, marode und bedürfen dringend einer Sanierung. Hier offenbart sich das Problem der chronischen Unterfinanzierung. Für den Erhalt, Betrieb und die Sanierung der bestehenden Straßen muss auch eine ausreichende Personaldecke gewährleistet sein, sonst droht der Substanzverzehr der Verkehrsinfrastruktur weiter voranzuschreiten. Es ist besorgniserregend, wenn Brücken eingeschränkt befahrbar sind oder Straßen zerfallen.

Die Landesregierung ist aufgefordert, massiv in die Infrastruktur zu investieren. Bei der Verkehrsinfrastruktur geht es dabei um langfristige Investitionen. Es muss das erklärte Ziel sein, das Verkehrssystem – und zwar landesweit – auf den bestmöglichen Stand zu bringen. Die Landesregierung hat also mit dem Landesbetrieb dafür Sorge zu tragen, dass die Straßeninfrastruktur in einem guten Zustand gehalten wird bzw. diesen wieder erreicht. Dafür sind auch ausreichend Personalkapazitäten nötig. Zum einen muss das Straßennetz den Anforderungen an Leistungsfähigkeit, Verkehrssicherheit und Wirtschaftlichkeit genügen und zum anderen führen verspätete Eingriffe zu nicht zu verantwortenden, erhöhten Kosten für die Allgemeinheit. Staus, Umwege, Stillstand: Eine schlechte Verkehrsinfrastruktur erhöht die Kosten für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer erheblich.

## **Landesbetrieb zukunftssicher machen**

Die steigenden Verkehrsleistungen stellen im Personen- und Güterverkehr eine enorme Belastung für die Straßeninfrastruktur dar. Insbesondere die mehr als 6.000 Brücken an Bundes- und Landesstraßen nehmen dabei eine Schlüsselrolle ein. So wurden viele Bestandsbauwerke in den 1960er Jahren bis Mitte der 1980er Jahren errichtet und sind heute einem Vielfachen der ursprünglich geplanten Belastungen ausgesetzt. Folglich bedarf es umfangreicher Maßnahmen zum Erhalt bzw. Ertüchtigung und der Beseitigung des enormen Sanierungsstaus. Darüber hinaus ist für einen weitgehend störungsfreien Verkehr das Verkehrs- und Baustellenmanagement weiter zu optimieren. Engpässe auf regelmäßig überlasteten Strecken müssen auch durch bauliche Maßnahmen beseitigt werden. Ohne eine ausreichende personelle Ausstattung im zuständigen Landesbetrieb Straßenbau NRW ist eine Umsetzung dieser zentralen Aufgaben kaum realisierbar. Entsprechend sind im Personalhaushalt weitere Stellen zu schaffen und die Aufstockung des Personalhaushalts zu verstetigen. Mit der schon heute absehbaren und in Teilen bereits spürbaren demografischen Entwicklung bei gleichzeitig wachsendem Fachkräftemangel muss der Personalaufstockung und -gewinnung eine größere Rolle eingeräumt werden. Dazu gehört ebenfalls eine Verbesserung des Tarifvertrages, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der freien Wirtschaft und der Autobahn GmbH des Bundes zu steigern und attraktivere Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Nur mit ausreichend Personal kann es zudem gelingen, den Ausbau der Radwegeinfrastruktur als eine der zentralen Säulen der Verkehrswende voranzutreiben. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW wirkt an zentralen Projekten zum weiteren Ausbau von Radwege-Verbindungen mit. So sollen z.B. Radschnellwege sicher und schnell zu befahren sein. Sie müssen ähnlichen Ansprüchen wie Landesstraßen genügen. Auch Radvorrangrouten und sogenannte Bürgerradwege können insbesondere in ländlichen Regionen neue bzw. bessere Verbindungen für den Alltagsradverkehr schaffen. Mit einer ausgebauten und vernetzten, sicher und komfortabel zu befahrenden Radinfrastruktur kann eine Verlagerung vom Pkw-Verkehr auf das Fahrrad gelingen. Damit der Landesbetrieb die Verkehrswende aktiv mitgestalten kann, bedarf es entsprechenden Personals.

## **NRW mobil halten**

Ob Gestaltung der Verkehrswende, Verbesserung der Verkehrssicherheit oder Ertüchtigung einer leistungsfähigen Infrastruktur – die gebotenen Aufgaben des Landesbetriebs Straßenbau NRW sind dauerhaft nur leistbar, wenn die Landesregierung für eine ausreichende personelle Ausstattung sorgt und die notwendigen Planstellen schafft. Um Nordrhein-Westfalen mobil zu halten, unterstützen wir die Forderungen der SPD-Fraktion, die acht regionalen Niederlassungen mit ihren 56 Straßenmeistereien, die Unternehmenszentrale in Gelsenkirchen und die Landesverkehrszentrale in Leverkusen des Landesbetriebs Straßenbau NRW dauerhaft personell aufzustocken.